

Kinder haben das Recht auf eine gesunde Umwelt

| Von Jonas Schubert

Kinder sind in den letzten Jahren zur größten und auch lautstärksten Gruppe unter den Klimademonstranten avanciert. Sie haben durch ihre „Schulstreiks für das Klima“ national und international für Schlagzeilen gesorgt. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang nicht nur, dass die Proteste von Fridays for Future breite gesellschaftliche Unterstützung erfahren und eine politische Debatte über den Klimaschutz ausgelöst haben, sondern auch der Umstand, dass ihre Botschaften im Wesentlichen gar keine neuen Fakten enthalten. Die Ursachen und Auswirkungen der globalen Umwelt- und Klimakrise aber auch mögliche Lösungsansätze sind teils schon seit Jahrzehnten bekannt, auch wenn sie noch nie mit einer solchen Wucht ins öffentliche Bewusstsein gedrängt sind wie zuletzt.

terre des hommes

Hilfe für Kinder in Not

Die moderne Umweltbewegung machte schon ab den 1960er Jahren auf die Folgen des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung aufmerksam und hat sich als ein wichtiger Katalysator für die Entstehung von nationalen Umweltgesetzgebungen sowie die Schaffung von Umweltbehörden und nicht-staatlichen Umweltorganisationen erwiesen.

Als Meilenstein der internationalen Umweltpolitik gilt die Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen von 1972. Sie hat zur Gründung des UN-Umweltprogramms geführt und die Erarbeitung einer Vielzahl von zwischenstaatlichen Umweltverträgen angestoßen. Die Abschlusserklärung von Stockholm enthält grundlegende Prinzipien des Umweltschutzes, die bis heute Bestand haben. Aus menschenrechtlicher Sicht ist insbesondere das erste Prinzip bemerkenswert, denn es betont den Zusammenhang zwischen Umwelt- und Menschenrechtsschutz. In der Originalfassung lautet es: „Man has the fundamental right to freedom, equality and adequate conditions of life, in an environment of a quality that permits a life of dignity and well-being, and he bears a solemn responsibility to protect and improve the environment for present and future generations.“ Es war das erste Mal, dass ein bedeutendes Dokument der Vereinten Nationen einen Hinweis auf ein „Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt“ enthielt.

In der Folge nahmen viele Staaten das Recht in ihre nationalen Verfassungen auf. Portugal leistete in dieser Hinsicht Pionierarbeit (1976). Nach Informationen des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für Umwelt-

rechte, David Boyd, ist das Recht auf eine gesunde Umwelt heute in rund 100 Verfassungen verankert. Über 155 Staaten haben Gesetze erlassen oder Verträge ratifiziert, die sie in der einen oder anderen Form zur Umsetzung des Rechts verpflichten. Auch in den regionalen Menschenrechtssystemen spielt das Recht auf eine gesunde Umwelt eine Rolle. Es ist beispielsweise in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker enthalten (Artikel 24).

Dennoch haben die Vereinten Nationen das Recht auf eine gesunde Umwelt bis heute nicht anerkannt. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wie auch die beiden zentralen internationalen Menschenrechtsverträge, der Pakt über die politischen und bürgerlichen Rechte sowie der Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, wurden zu einer Zeit verfasst, als die Auswirkungen der Umweltzerstörung auf Mensch und Gesellschaft noch nicht zentraler Gegenstand internationaler Politik waren. Umweltrechte sucht man in ihnen daher vergeblich. Spätere Menschenrechtsverträge sind diesem Vorbild gefolgt.

Die globale Klimabewegung der jungen Generation lässt sich als Reaktion auf die Apathie der Entscheidungsträger*innen in Politik und Gesellschaft angesichts einer sich dramatisch verschärfenden Umweltkrise und den damit verbundenen Ungerechtigkeiten verstehen. Junge Menschen fordern dabei nichts anderes, als die Umsetzung von Verpflichtungen aus bereits bestehenden Umweltverträgen und Umweltgesetzen. Damit sie selbst, ihre Familien, die Gesellschaft aber auch die Natur insgesamt eine Zukunft haben.



> Kinder sind in den letzten Jahren zur größten und lautstärksten Gruppe unter den Klimaschutzaktivisten avanciert. <

Zugleich stellt sich die Frage, ob die Zeit nicht reif ist, dass die Vereinten Nationen endlich ein universelles Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt anerkennen. Eine gesunde Umwelt ist die Grundlage für ein Leben in Würde. Das Recht hat für Kinder besondere Relevanz, denn sie sind von der Umweltkrise überproportional betroffen, haben aber kaum Einfluss auf politische Entscheidungen. Das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt wird die Welt nicht über Nacht verändern, aber es wäre ein wichtiges Signal und eine sichtbare Stärkung für all jene, die unter Umweltproblemen leiden und sich für eine saubere Umwelt einsetzen.

Vor kurzem ist die UN-Kinderrechtskonvention 30 Jahre alt geworden. Dies ist ein guter Anlass, um über Erfolge und Misserfolge sowie zukünftige Herausforderungen für die Kinderrechte nachzudenken. Die diversen Umweltkrisen, allen voran der Klimawandel, könnten künftig Fortschritte bei der Verwirklichung der Kinderrechte verhindern und wichtige Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zunichte machen.

Eine grüne Kinderrechtskonvention?

Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen unterscheidet sich von anderen Menschenrechtsverträgen dadurch, dass sie Umweltprobleme durchaus explizit benennt. Sie stellt Bezüge zwischen dem Recht auf Gesundheit und den Folgen der Umweltverschmutzung her und sie formuliert ein Bildungsziel, dass auf die Einübung einer respektvollen Haltung gegenüber der Natur ausgerichtet ist. Die Verhandlungen zur Kinderrechtskonvention wurden in den 1980er Jahren geführt, insofern spiegeln die erwähnten Bestimmungen ein bereits gewachsenes Umweltbewusstsein in der internationalen Öffentlichkeit wider.

Dennoch haben Menschen- und Kinderrechte lange Zeit im Umweltschutz ein Schattendasein geführt. Weil ein Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt fehlt, konzentrieren sich die Bemühungen des internationalen Rechts im Wesentlichen darauf, bestehende Menschenrechte im Kontext der Umwelt zur Anwendung zu bringen. Diesen Ansatz bezeichnet man auch als ein „Greening“ der Menschenrechte. Im Jahr 2012 beauftragte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einen Sonderberichterstatter, um Klarheit darüber zu schaffen, welche konkreten menschenrechtlichen Pflichten Staaten beim Umweltschutz erfüllen müssen. Sonderberichterstatter John Knox wies auf den grundlegenden Zusammenhang zwischen einer gesunden Umwelt und Menschenrechten hin:

„We must have a healthy environment in order to be able to enjoy human rights, and we must be able to exercise our human rights in order to have a healthy environment.“

> Die Zeit ist reif, dass die Vereinten Nationen endlich ein universelles Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt anerkennen. <

Eine gesunde Umwelt ist Bedingung dafür, damit wir eine Reihe von Menschenrechten wie die Rechte auf Gesundheit, Leben, Wasser, Nahrung oder einen angemessenen Lebensstandard überhaupt realisieren können. Gleichzeitig ist die Ausübung der Rechte auf Information, Meinungsfreiheit, Beteiligung an Umweltentscheidungen und Rechtsschutz Voraussetzung für eine effektive Umweltpolitik. Die sich daraus ergebenden Kernpflichten der Staaten hat der Sonderberichterstatter in den sogenannten „Framework Principles on Human Rights and the Environment“ zusammengefasst. Gegenüber Kindern haben Staaten eine erhöhte Schutzpflicht, die sich auch in ihrem Umwelthandeln ausdrücken muss.

Die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) ist für ein Greening besonders gut geeignet. Neben den bereits erwähnten Bestimmungen enthält sie ein breites Spektrum an politischen und bürgerlichen wie auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, die für den Umweltschutz relevant sind. Zudem legt die Kinderrechtskonvention die Rechte derjenigen Bevölkerungsgruppe fest, die am stärksten von Umweltproblem betroffen ist. Sie wurde von 196 Staaten ratifiziert und besitzt damit fast universelle Gültigkeit. Kurz: Die UN-KRK hat das Potential, die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik stärker nach menschenrechtlichen Maßstäben auszurichten. Dieses ist bislang leider weitgehend ungenutzt geblieben.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Initiativen ergriffen, um die Umweltrechte von Kindern zu stärken. *terre des hommes* hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Im Jahr 2016 organisierte die Kinderhilfsorganisation zusammen mit dem Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen eine globale Konferenz („Day of General Discussion“), um das Thema auf die internationale Kinderrechtsagenda zu setzen. Der Tag gab den Anstoß für eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt. Die Debatte darüber profitierte natürlich auch von der generellen Sorge um den Zustand der Umwelt und zahlreichen umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Prozessen wie die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung oder das Klimaabkommen von Paris.

Der UN-Kinderrechtsausschuss weist seit dem Discussion Day verstärkt auf Umweltproblematiken und ihre Folgen für Kinderrechte hin und fordert Staaten regel-

mäßig dazu auf, bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention stärker auf den Umwelt- und Klimaschutz zu achten. Zahlreiche Institutionen und Expert*innen der Vereinten Nationen haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt und aufschlussreiche Berichte über den Zusammenhang zwischen Kinderrechten und Umweltgiften oder Kinderrechten und der Klimakrise verfasst. UN-Sonderberichterstatter John Knox hat dargelegt, wie die Framework Principles on Human Rights and the Environment auf Kinderrechte anzuwenden sind.

Zurzeit arbeitet eine Koalition aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Regierungen unter Führung des derzeitigen Sonderberichterstatters für Umweltrechte der Vereinten Nationen, David Boyd, daran, die Anerkennung des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt auf den Weg zu bringen. David Boyd hat auch schon die wesentlichen Bestandteile eines solchen Rechts definiert: den Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, saubere Luft, Nahrung, die gesund und nachhaltig produziert ist, gesunde Ökosysteme und biologische Vielfalt, ein sicheres Klima („safe climate“) sowie eine Umwelt, die frei von Giftstoffen ist. Vorbild für eine Anerkennung könnte das Recht auf Wasser sein, das im Jahr 2010 durch eine Resolution der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde. Die zahlreichen Verbindungen zwischen Umwelt- und Menschenrechtsschutz sind ausführlich belegt. Allerdings fehlt noch der politische Wille, eine gesunde Umwelt auf dieselbe Stufe wie andere in Rechten ausgedrückte menschliche Grundbedürfnisse zu stellen.

Was globale Umweltprobleme für Kinder bedeuten

Die Debatte über Umweltrechte von Kindern darf keine abstrakte Angelegenheit bleiben und sie sollte auch nicht nur von Rechtsexpert*innen geführt werden. Es geht darum, konkrete Bedrohungslagen und Herausforderungen zu erkennen und effektive Maßnahmen zu ergreifen, um Kinder entsprechend zu schützen und zu stärken. Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen Umwelt- und Kinderrechtsschutz beispielhaft anhand von zwei Umweltproblemen verdeutlicht, die globale Bedeutung haben: Luftverschmutzung und Klimawandel.

Luftverschmutzung stellt eine massive Bedrohung für die Kinderrechte dar

Mehr als 90 Prozent aller Kinder weltweit atmen Luft, die der Gesundheit schadet. Luftverschmutzung ist eine globale Krise der Umweltgesundheit, auch wenn nicht alle Kinder gleich stark belastet sind. Bedrückend ist vor allem, dass Kinder dreckiger Luft an Orten ausgesetzt sind, an denen sie sich sicher fühlen sollten: zu Hause, in der Schule, auf Spielplätzen oder auf den Wegen dazwischen.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass Luftverschmutzung pro Jahr für 600.000 Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren verantwortlich ist, zumeist als Folge der Verbrennung von Holz oder Kohle bei der Zubereitung von Mahlzeiten. Und dies ist nur die „Spitze des Eisbergs“, wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Umweltgifte und Menschenrechte, Baskut Tuncak, betont. Er bezeichnet Krankheiten und Behinderungen, die mit Luftverschmutzung und anderen Umweltbelastungen während der Kindheit zusammenhängen, als eine „stille Pandemie“, deren Auswirkungen häufig unsichtbar bleiben und sich erst Jahre oder sogar Jahrzehnte später einstellen. Die Liste möglicher Folgeerkrankungen ist lang, und sie umfasst sowohl akute als auch chronische Verläufe: Luftverschmutzung erhöht das Risiko einer Frühgeburt und eines geringeren Geburtsgewichts. Luftverschmutzung kann Asthma, Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen, eine verminderte Lungenfunktion, Fettleibigkeit, neurologische Entwicklungsstörungen, Diabetes und sogar psychische Erkrankungen hervorrufen. Kinder sind besonders von Luftverschmutzung betroffen, weil sie schneller atmen als Erwachsene und im Verhältnis zu ihrer Körpergröße mehr Schadstoffe aufnehmen. Ihre Lungen, Gehirne, Organe und Herz-Kreislaufsysteme sind noch in der Entwicklung begriffen und deshalb besonders empfindlich gegenüber Entzündungen und anderen Beeinträchtigungen. Da Kinder noch eine lange Lebenszeit vor sich haben, haben Krankheiten auch mehr Zeit sich zu entwickeln.

Im Jahr 2018 lud die Weltgesundheitsorganisation ihre Mitgliedsstaaten zur ersten globalen Konferenz über die Luftverschmutzung ein, um sie als eine Krise der öffentlichen Gesundheit sichtbar zu machen und auf die politische Agenda zu setzen. Insbesondere die damit einhergehende Schadstoffbelastung von Kindern ist von der Politik bislang völlig unzureichend adressiert worden. Dabei haben Kinder, so lautet die unmissverständliche Botschaft der WHO, ein Recht darauf, saubere Luft zu atmen (https://www.who.int/airpollution/events/conference/AP_childrens_health_a_global_health_emergency.pdf?ua=1).

Tatsächlich wirkt sich Luftverschmutzung gleich auf eine Reihe von Kinderrechten negativ aus. Verpestete Luft verletzt die Rechte auf Leben, Entwicklung und Gesundheit. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Gerichtsverfahren angestrengt, um Regierungen dazu zu zwingen, mehr für die Luftreinhaltung zu tun. Einige davon beziehen sich ausdrücklich auf die besondere Betroffenheit von Kindern und argumentieren erfolgreich, dass fehlende oder unangemessene Schritte zur Verbesserung der Luftqualität eine Verletzung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts

auf Leben, nach sich ziehen kann (<https://www.theguardian.com/environment/2019/dec/17/inquest-air-pollution-ella-kissi-debrah-death>).

Luftverschmutzung beeinträchtigt auch langfristig die Lebenschancen betroffener Kinder und somit ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Luftverschmutzung betrifft ferner die Informationsfreiheit und das Recht gehört zu werden. Zwei Milliarden Kinder weltweit werden gesundheitsschädlicher Luft ausgesetzt, ohne dass sie je angemessen über Ausmaß und die Folgen informiert werden. Luftverschmutzung wirkt sich auf die Kindergesundheit am stärksten während kritischer Entwicklungsphasen aus, und zwar bevor Kinder in der Lage sind, sich eine eigene Meinung über ihren Körper, ihre Entwicklung und Lebensperspektiven bilden zu können.

Bestimmte Gruppen von Kindern werden sogar auf doppelte Weise diskriminiert. Arme Kinder oder arbeitende Kinder tragen aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Situation ein höheres Belastungsrisiko als andere Kinder. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Schulen, die in der Nähe von Hauptstraßen oder anderen Verschmutzungsquellen wie Industriebetrieben angesiedelt sind, überwiegend von Kindern aus einkommensschwachen Familien oder Minderheiten besucht werden. Das Diskriminierungsverbot gilt jedoch auch in Bezug auf die Luftverschmutzung.

Die Vertragsstaaten der Kinderrechtskonvention erkennen ausdrücklich an, dass sie Kindern gegenüber eine besondere Schutzpflicht haben. Sie fordert ihnen ab, schädlicher Luftverschmutzung ein Ende zu setzen oder zumindest geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit Kinder nicht mit Schadstoffen belastet werden. Der Vorrang des Kindeswohls bedeutet in diesem Zusammenhang dann beispielsweise, dass Regierungen Umweltstandards definieren müssen, die den Verletzbarkeiten und Rechten des Kindes Rechnung tragen und auf dem Vorsorgeprinzip beruhen. In einigen Ländern existieren etwa strikte Verbote, Schulen und Spielplätze in der Nähe von stark befahrenen Straßen oder Fabriken zu errichten.

Was bei Bemühungen zur Verbesserung der Umweltgesundheit häufig ignoriert wird, sind die negativen Auswirkungen von Handels- und Warenströmen auf die Verschlechterung der Luftqualität in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Ausgelagerte Produktionsprozesse, gefährliche Substanzen oder Abfälle werden in andere Länder verschifft, wo sie die Kindergesundheit gefährden. Insofern stimmt bedenklich, wenn der „State of Global Air/2019“-Bericht feststellt, dass schlechte Luft jedem neugeborenen Kind durchschnittlich 20 Monate Lebenszeit

stiehlt, aber Kindern aus wohlhabenden Ländern „nur“ fünf. Staaten müssen sicherstellen, dass ihre Umweltschutzmaßnahmen innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen greifen, und dies bezieht sich auch auf die Regulierung der Aktivitäten von Unternehmen, die in ihnen beheimatet sind.

Um Kinder wirksam vor Luftverschmutzung zu schützen, müssen Politik und Wirtschaft entschieden handeln. Dazu gehören strenge Vorschriften und effektive Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die sich an realen Lebensbedingungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und internationalen Standards orientieren. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung müssen adressiert werden.

Einige wichtige Maßnahmen sind hier beispielhaft genannt:

- Investitionen in saubere Energie und Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe
- Förderung von Programmen für saubere Kochherde
- Massive Verringerungen von Schadstoffen, die durch Industrie, Transport, Landwirtschaft und Abfallentsorgung entstehen
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, inklusive Rad- und Fußwegen, um Kindern sichere Formen der Mobilität zur Verfügung zu stellen
- Basisgesundheitsversorgung für alle Kinder
- Mehr Forschung zur Umweltgesundheit und Stärkung von Fachabteilungen in relevanten Behörden und Einrichtungen

Kinderrechte sind ein starkes Motiv und eine relevante normative Grundlage für solche einschneidende Entscheidungen.

Der Klimawandel als Verstärker von Bedrohungslagen

Diese Bewegung musste entstehen, wir hatten keine Wahl. Die überwiegende Mehrheit der heute Streikenden darf noch nicht wählen. Stellt euch für eine Sekunde vor, wie sich das anfühlt. Wir sehen wie sich die Klimakrise verstärkt, wir kennen die Fakten, und doch dürfen wir nicht mitbestimmen, wer die Entscheidungen über Klimaschutz trifft. Und dann fragt euch mal: Würdet ihr nicht auch streiken, wenn ihr denkt, dass es helfen würde, eure eigene Zukunft zu sichern?

Fridays For Future

Der Klimawandel stellt die vielleicht größte Herausforderung für die Verwirklichung der Kinderrechte im 21. Jahrhundert dar und er droht Jahrzehnte hart erkämpfter Fortschritte bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit und im Hinblick auf andere Kinderrechte zu vernichten.

Bereits heute lässt sich ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 1 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau feststellen. Für Millionen von Menschen weltweit sind die Folgen schon längst spürbar. Selbst wenn es der Weltgemeinschaft gelingen würde, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wie es das „Best-Case Szenario“ des Weltklimarats beschreibt, dann wäre dies vor allem für indigene Völker, Bauern und Küstenbewohner, Inselstaaten und Länder mit niedrigem Einkommen noch immer mit existenziellen Bedrohungen verbunden. Wenn die Weltbevölkerung so weiter lebt wie bisher, droht die globale Erwärmung laut Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen bis zur nächsten Jahrhundertwende bis auf vier Grad zu steigen.

Viele Länder, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, weisen einen hohen Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung auf. Demographische Trends deuten darauf hin, dass die Population der Kinder dort auch am stärksten wächst. UNICEF (2017) schätzt, dass bereits heute 500 Millionen Kinder in Gebieten mit extrem hohem Hochwasserrisiko leben. 115 Millionen Kinder sind den Folgen tropischer Wirbelstürme ausgesetzt und fast 160 Millionen Kinder wohnen an Orten, die von Dürre bedroht sind. Im Jahr 2040 werden fast 600 Millionen Kinder in Regionen der Erde aufwachsen, in denen Wasser äußerst knapp wird.

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen Kinder besonders hart, weil sie sich noch entwickeln und klimabedingten Schocks und Belastungen weniger entgegensetzen können. Prognosen gehen beispielsweise davon aus, dass im Jahr 2100 bis zu Dreiviertel der Weltbevölkerung extremen Hitzewellen ausgesetzt sein werden. Kleine Kinder sind jedoch weniger in der Lage als Erwachsene ihre Körpertemperatur zu regulieren und hängen in solchen Situationen stark von der Hilfe anderer ab. Im Fall von Naturkatastrophen erleiden Kinder häufiger psychische Traumata und tragen ein höheres Verletzungsrisiko.

Höhere Temperaturen, sich verändernde Niederschlagsmuster und extreme Wetterereignisse verstärken die Ernährungsunsicherheit. Der Klimawandel hat schon jetzt negative Auswirkungen auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Weizen oder Reis. Die Welternährungsorganisation schlug vor drei Jahren Alarm, weil zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Zahl der Hungernden wieder zugenommen hatte. Als wichtigste Treiber nannte die FAO den Klimawandel und Konflikte. 820 Millionen Menschen haben nicht genug Nahrung zum Essen. Unterernährung ist für fast die Hälfte aller Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren verantwortlich.

Die Hoffnung auf eine Erfüllung des Rechts auf Nahrung ist für viele Kinder in den letzten Jahrzehnten nicht näher gerückt. Laut UNICEF leidet jedes dritte Kleinkind unter Wachstumsstörungen, jedes zweite unter „verstecktem“ Hunger wegen des Mangels an Vitaminen und Mineralien und zwei von drei Kleinkindern erhalten Nahrung, die nicht reichhaltig genug ist.

Temperaturanstieg und starke Regenfälle führen auch dazu, dass sich Infektionskrankheiten wie Malaria oder Dengue-Fieber stärker verbreiten. Schon jetzt fallen 80 Prozent aller Todesfälle durch Malaria auf Kinder unter fünf Jahren. Durchfallerkrankungen gehören ebenfalls zu den Haupttodesursachen bei Kindern und klimawandelbedingte Dürren, Überschwemmungen und veränderte Niederschlagsmuster werden den Druck auf die Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen weiter erhöhen.

Der Klimawandel hat negative Auswirkungen auf Kinder, die über die Beeinträchtigung ihrer Gesundheit hinausgehen. Extreme Wetterereignisse etwa zerstören grundlegende und für Kinder besonders wichtige Infrastruktur, wie Schulen und Krankenhäuser. Wenn Familien aufgrund von Extremwetter und Stürmen ihre Existenzgrundlage verlieren, werden weniger Kinder zur Schule gehen können. *terre des hommes* befürchtet, dass ausbeuterische Kinderarbeit ansteigen wird: Kinder werden Aufgaben im Haushalt übernehmen und mitverdienen müssen. Mädchen übernehmen häufig die Last des Wasserholens und müssen in Zukunft immer weitere Wege zurücklegen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat dokumentiert, wie Kinderehen zu Bewältigungsmechanismen für Familien werden, die ihre Ernten durch Hochwasser, Wirbelstürme oder andere klimabedingte Umweltveränderungen verlieren.

Mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehende Dürren, Überschwemmungen und steigende Temperaturen betreffen ein breites Spektrum von Kinderrechten, vom Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser über Wohnen, Bildung, kulturelle Teilhabe und Identität, Freiheit von Ausbeutung und Gewalt bis hin zum Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung. Obwohl Kinder nicht für die Klimakrise verantwortlich sind, sind sie von ihren Folgen besonders betroffen und können wenig dagegen tun.

Im Kern steht der Klimawandel für ein schockierendes Maß der Verantwortungslosigkeit einer Generation gegenüber der nächsten und verstößt damit gegen den Grundsatz der intergenerationellen Gerechtigkeit. Auch deshalb ist es unerlässlich, Klimaschutz als unverzichtbaren Bestandteil des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt anzuerkennen, wie es UN-Sonderberichterstatter Boyd fordert. Die sich daraus ergebenden Staatenpflichten hat er erst kürzlich in einem Bericht detailliert dargelegt. (<http://www.srenvironment.org/sites/default/files/Reports/2019/UNGA%20Safe%20Climate%20Report%202019.pdf>)

Auf der Website von **Fridays For Future** steht kurz und knapp, worin aus ihrer Sicht die konkreten Klimaschutzpflichten der deutschen Bundesregierung bestehen: die

Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5 Grad-Ziels, und zwar durch (1) den Kohleausstieg bis zum Jahr 2030, (2) die Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Null (Klimaneutralität) bis zum Jahr 2035 und (3) 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung bis zum Jahr 2035.

Die Rolle der jungen Generation bei der Bewältigung der Klimakrise

Fridays for Future haben durch die Schulstreiks gegen den Klimawandel einen großartigen Beitrag zur Anerkennung und Umsetzung des Rechts auf eine gesunde Umwelt geleistet. Sie sprechen fundamentale Fragen der Klimagerechtigkeit an und betonen dabei nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern beziehen sich auf die Rechte aller Menschen und der Natur selbst. **Fridays for Future** sind ganz sicher nicht das erste Beispiel von Kinderaktivisten, die sich für ihre (Umwelt-)Rechte einsetzen, aber ihre Globalität und ihre Überzeugungskraft hat doch etwas Außergewöhnliches. **Fridays for Future** erinnern an andere soziale Bewegungen, die im Laufe der Geschichte eine wesentliche Rolle beim Kampf gegen verschiedene Ausprägungen sozialer Ungerechtigkeit gespielt haben. Ihre Forderungen sind klar formuliert und ihre Entschlossenheit ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

Es ist spannend zu beobachten, dass Kinder und Jugendliche bei ihrem Protest Rechte beanspruchen, die im Umweltkontext generell eine wichtige Rolle spielen. Dazu gehören das Recht auf Information und Bildung, das Recht an Entscheidungen beteiligt zu werden – obwohl oder gerade weil ihnen das Wahlrecht versagt bleibt –, das Recht auf wirksamen Rechtsschutz, das Recht auf Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht. Es sind Rechte, die Kinder als handelnde Subjekte anerkennen. **Fridays for Future** haben so den Kinderrechten insgesamt gute Dienste getan. Zugleich darf nicht verschwiegen werden, dass Kinder und Jugendliche – wie alle Umweltaktivisten, die weltweit in starkem Maße der Verfolgung ausgesetzt sind – wegen ihres Engagements in sozialen Netzwerken und auf der Straße bedroht werden.

Besonders das Recht auf wirksamen Rechtsschutz wird Kindern oft verwehrt. Rund um den Globus machen Kinder und Jugendliche nun von der Rechtsweggarantie Gebrauch, um Regierungen auf mehr Klimaschutz zu verpflichten. In Kolumbien haben 25 Kinder und Jugendliche gegen die Abholzung des Amazonas-Regenwalds geklagt. Das Verfassungsgericht hat ihnen Recht gegeben und den Regenwald selbst als Rechtssubjekt anerkannt. Die kolumbianische Regierung wurde dazu aufgefordert, einen intergenerationellen Pakt zum Schutz des Lebens im

> Fridays for Future haben durch die Schulstreiks gegen den Klimawandel einen großartigen Beitrag zur Anerkennung und Umsetzung des Rechts auf eine gesunde Umwelt geleistet. <

Amazonasgebiet zu erarbeiten, der die Sichtweisen der jungen Kläger*innen berücksichtigt.

In einem weiteren, sich gegenwärtig in Berufung befindenden Fall – Juliana vs. United States – war es den 21 Klägerinnen zwischen elf und 23 Jahren zumindest in erster Gerichtsinstanz gelungen, ihre Klagebefugnis ausreichend zu begründen. Sie werfen der US-Regierung vor, nicht genug für den Klimaschutz zu tun und ihr Recht auf ein stabiles Klima zu verletzen. An einer Verfassungsbeschwerde gegen die deutsche Bundesregierung, die im Januar eingereicht wurde, sind ebenfalls Minderjährige beteiligt.

Besonders viel mediale Aufmerksamkeit erhielt eine kürzlich von 16 Kindern beim UN-Kinderrechtsausschuss eingereichte Klimabeschwerde, die sich gegen fünf Vertragsstaaten richtet. Darunter befindet sich auch Deutschland. Was all diese Klagen in bemerkenswerter Weise vereint ist die Tatsache, dass sich die betroffenen Kinder und Jugendlichen auf ihre fundamentalen Rechte auf Leben, Gesundheit, Wasser, Nahrung und eine gesunde Umwelt berufen, um den Schutz der Umwelt zu stärken.

Umwelt- und Klimaklagen rufen allerdings nicht nur positive Reaktionen hervor, und dies gilt auch hinsichtlich der Rolle von Kindern in diesem Kontext. Kritiker monieren wahlweise, dass es sich um Klagen wohlbehüteter Mittelschichtskinder handelt, dass Kinder und Jugendliche für politische Zwecke instrumentalisiert und politische Fragen verrechtlicht werden oder dass sich junge Klimaaktivisten radikalisieren. Allzu häufig schwingen dabei fragwürdige und verkürzte Vorstellungen von der legitimen Ausübung verbriefter Bürgerrechte mit, es zeigt sich eine allgemeine Unkenntnis und Ignoranz gegenüber Kinderrechten. Den Klagen geht es um den Wesensgehalt ihrer Menschenrechte, um ein nachhaltiges „ökologisches Existenzminimum“. Damit stellen sie sich klar auf eine Seite im Interessenskonflikt zwischen Wachstum, Wirtschaft und Umwelt- und Klimaschutz. Die Judikative darf die politische Gestaltungsfreiheit durchaus begrenzen, weil sie Ungerechtigkeiten produziert. Den Kindern in Deutschland und anderswo bleibt die demokratische Teilhabe verwehrt. Ohne normative Schranken dürfte es kaum gelingen, den mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbundenen Klimaschutz

gegenüber kurzfristig ausgerichteten wirtschaftlichen Interessen, Lebensstilen und Konsummustern durchzusetzen. Dieser sichert aber langfristig die Grundvoraussetzungen für menschliches Leben auf der Erde.

Bei aller Freude über die größtenteils positive Resonanz, die das Engagement von **Fridays for Future** gefunden hat, noch sind ihre Forderungen nicht ausreichend ernstgenommen und umgesetzt worden. Nicht nur in dieser Hinsicht bleibt noch viel zu tun.

Fazit

Umwelt- und Kinderrechtsschutz können einander gegenseitig stärken. Doch bislang wird dieses Potential kaum genutzt. Die Anerkennung eines allgemeinen Menschenrechts auf eine gesunde und nachhaltige Umwelt kann positive Impulse setzen und einen Beitrag zur Bewältigung von Umweltkrisen leisten. Saubere Luft, trinkbares Wasser, gesunde Nahrung und ein sicheres Klima – wer würde verneinen, dass dies fundamentale Aspekte von Kinderrechten sind?

Jonas Schubert ist Referent bei *terre des hommes* und Mitglied im Ko-Kreis des Forum Menschenrechte.